



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 28. Oktober 2010  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
Fax (0431) 988 1156

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***39. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 27. Oktober 2010, 14.30 Uhr  
Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Geodateninfrastrukturgesetzes** für das Land Schleswig-Holstein, Drucksache 17/775, mit Vertretern der Landesregierung und des ULD fort. Er nahm in Aussicht, eine abschließende Beratung Ende November 2010 durchzuführen.

Den **Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/210, nahm er nach einer kurzen Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Er nahm einen Bericht der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/253, und dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/286, zu dem Thema „**Optionszwang abschaffen**“ entgegen. Die abschließende Beratung zu den Anträgen vertagte er auf eine spätere Sitzung.

Die Ausschussmitglieder nahmen außerdem den Bericht der Landesregierung „**Clearingstellen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**“, Drucksache 17/436, abschließend zur Kenntnis. Der Antrag der Fraktionen von LINKE, SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Drucksache 17/178 (neu), wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Der Ausschuss beschloss, am 24. November 2010 die beschlossene mündliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung, **Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein - Schaffung einer Jugend-Taskforce**, Drucksache 17/665, ganztägig ab 10 Uhr durchzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, **Abschiebungshaft muss auf den Prüfstand**, Drucksache 17/821 (neu), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/856,

beschloss der Ausschuss, zunächst den angeforderten Bericht der Landesregierung abzuwarten und dann entsprechend des Antrags der Fraktion DIE LINKE, Umdruck 17/1313, einen Termin für einen Besuch in der Abschiebehaftanstalt Rendsburg festzulegen.

Die Ausschussmitglieder diskutierten ausführlich über das Verfahren im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesregierung, **Lage der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/668, und kamen überein, den Justizminister zu bitten, in der Sitzung des Ausschusses am 1. Dezember 2010 oder am 8. Dezember 2010 im Ausschuss über den aktuellen Stand der Justizvollzugsanstalten im Land Schleswig-Holstein, insbesondere im Bezug auf die Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Itzehoe und Flensburg inklusive der dazu erstellten Wirtschaftlichkeitsberechnungen, zu berichten. Zu diesem Termin sollen dann auch Vertreter der Justizverbände eingeladen werden.

Der Ausschuss legte außerdem fest, zu den beiden folgenden Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen:

- Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) und der Gemeindeordnung (GO)**, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/880,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die **Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein und des Kommunalprüfungsgesetzes**, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/873.

Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche gegenüber der Geschäftsführung zu benennen.

Schluss: 16:50 Uhr

gez. Dörte Schönenfelder